

Der Nahost-Konflikt nach dem Gaza-Krieg

Wolfgang Günter Lerch

Ziemlich genau drei Wochen dauerte der jüngste, der siebte Waffengang zwischen Israel und den Arabern seit 1948, dem Jahr des Unabhängigkeitskrieges des jüdischen Staates. Bombardierung und Bodenoffensive im Gaza-Streifen endeten, zwei Tage bevor der neue amerikanische Präsident Barack Obama am 20. Januar sein Amt antrat. Erklärtes Ziel Israels war es, den seit acht Jahren andauernden Beschuss seiner südlichen Grenzstädte Sederot und Askalon durch die radikal-islamische Hamas mit ihren Kassam-Raketen zu beenden und den vornehmlich von Iran und Syrien ausgehenden Nachschub an Waffen für diese Organisation unmöglich zu machen. Der Hamas, die der israelischen Militärmaschinerie wenig entgegenzusetzen hat, ging es vor allem darum, als moralischer und politischer Sieger aus dieser Konfrontation hervorzugehen. Israel andererseits wollte es außerdem militärisch „diesmal besser machen“ als im Jahre 2006, als sich der Libanon-Krieg, je länger er dauerte, zu einem Beinahe-Desaster entwickelte, nicht zuletzt was die Wahrnehmung durch die Weltöffentlichkeit betraf.

Erste Schritte in Washington

Die Bilanz des Gaza-Krieges, soweit man sie überhaupt schon verlässlich ziehen kann, fällt gemischt aus: Gewiss hat Israel der Hamas großen personellen und dem gesamten Gaza-Gebiet enormen materiellen Schaden zugefügt. Doch die Kassam-Raketen werden weiterhin israelisches Territorium treffen können, wenn die

Hamas-Führung oder der Islamische Dschihad in Gaza das wollen. Die Waffenruhe wurde von beiden Seiten bereits wieder gebrochen. Vor allem die Tatsache, dass in dem Krieg mehr als 1300 Zivilisten getötet wurden (gegenüber dreizehn oder fünfzehn israelischen Soldaten), hat Israels Ansehen in der Welt schwer geschadet. Es war viel von Unverhältnismäßigkeit der Mittel die Rede, auch bei den Vereinten Nationen, deren Einrichtungen in Gaza nicht vor israelischen Angriffen sicher waren. Umgekehrt gab es einen Mitleidseffekt zugunsten der „Eingeschlossenen von Gaza“, ungeachtet der Tatsache, dass Hamas-Kämpfer palästinensische Zivilisten durchaus als Schutzschilde gebrauchten oder ihre Abschussrampen bei zivilen Einrichtungen und Moscheen aufstellten. Friedensbereiter ist die Hamas durch den Krieg wohl nicht geworden; es steht vielmehr zu befürchten, dass die traumatischen Erlebnisse vieler palästinensischer Zivilisten ihr auf mittlere Frist sogar weitere Anhänger zuführen werden. Dennoch gab es auch Kritik an der Hamas, wenn auch hinter vorgehaltener Hand. Nicht alle Palästinenser im Gaza-Streifen stehen zu hundert Prozent hinter der Politik der Hamas in diesem Konflikt.

Nun hat der neue Präsident in Washington erste Schritte unternommen, um den Friedensprozess, von dem man zuvor schon kaum noch reden mochte, wieder in Gang zu setzen. Er machte den erfahrenen Diplomaten George Mitchell zu seinem Nahost-Sondergesandten. Gleich-

zeitig richtete er eine Botschaft an die islamische Welt, sein Land habe nichts gegen die Muslime, ein Schritt, der zunächst einmal Veränderungen im Psychologischen und Atmosphärischen bewirken soll. Nicht erst seit der Amtszeit George W. Bushs sehen sich Muslime als Opfer westlicher „Verschwörungen“, doch der „Krieg gegen den Terror“ als Folge des 11. September 2001, erst recht aber der amerikanisch-britische Krieg im Irak seit 2003 haben solche Ressentiments weiter verstärkt. Freilich wird auch Präsident Obama bald feststellen müssen, dass es sich hier um einen Konfliktknoten handelt, der nicht einfach aufzulösen ist. Eine Veränderung des politischen Klimas zum Positiven hin bleibt dennoch wichtig, wenn es irgendwann gelingen sollte, den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern zu beenden. Die Hoffnungen darauf haben sich freilich nach diesem Krieg weiter verdüstert. Die Ausgangslage ist nicht einfacher geworden.

Ansätze zur Lösung

Dabei gibt es schon genug „Blaupausen“ für eine Regelung, an deren Ende die umfassende Zwei-Staaten-Lösung stehen soll: ein unabhängiger Palästinenser-Staat an der Seite Israels. Vor Jahren schon war es gerade George Mitchell, der Wege zu dieser Zwei-Staaten-Regelung vorschlug. Bisweilen hat man den Eindruck, es fehle den Protagonisten beider Seiten einfach an Mut, diese Ideen zu verwirklichen, zumal gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen, der teilweise beträchtlich ist. Bei den Palästinensern wird der Widerstand dagegen hauptsächlich bei der Hamas artikuliert, während auf israelischer Seite insbesondere die Siedlungsbewegung und die ihr besonders nahestehenden Parteien und Gruppierungen in diesem Kontext zu benennen wären. Israel muss von allen palästinensischen Gruppen, auch der Hamas, in seiner Existenz in sicheren Grenzen aner-

kannt werden, wie es umgekehrt die Besatzung beenden und die Siedlungen im Westjordanland räumen muss. Die Fortdauer der Besatzung im größten Teil der palästinensischen Gebiete (aus Gaza zog sich Israel schon 2005 zurück) ist im Verein mit der Siedlungspolitik das Grundproblem, das einer Regelung im Wege steht. Zudem muss der palästinensische Staat nach Grenzen und Ressourcen auch lebensfähig sein.

Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hatte 1993/94 die Abkommen von Oslo unterzeichnet, die in den folgenden Jahren zunächst die Hoffnungen auf eine befriedigende Lösung des Konfliktes aufrechterhielten. Im Jahre 2000 scheiterte der Versuch des damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton, beide Parteien in Camp David zu einer Regelung zu bewegen, nur knapp. Bis heute umstritten ist, woran das gelegen hat. Die Interpretationen des Angebots, das der israelische Ministerpräsident Ehud Barak seinem Kontrahenten Jassir Arafat in der amerikanischen Klausur machte (unter anderem etwa 97 Prozent des Westjordanlandes), weichen je nach Seite eklatant voneinander ab. Im Jahre 2003 kam es unter Federführung der beiden „Tauben“ Jossi Beilin auf israelischer Seite und Jassir Abed Rabbo für die Palästinenser zur sogenannten „Genfer Initiative“, die eine Blaupause für den Endstatus sein sollte. Auf das Engagement des Nahost-Quartetts, bestehend aus den Vereinten Nationen, der Europäischen Union (EU), den Vereinigten Staaten und Russland, geht die sogenannte „Road Map“ zum Frieden zurück. Schließlich initiierte der amerikanische Präsident George W. Bush im November des Jahres 2007 in Annapolis in Maryland einen Gesprächsprozess, der in kurzer Zeit – bis zum Ende des Jahres 2008 – die Fragen des Endstatus klären sollte. Dieser Gesprächsprozess ließ sich nicht schlecht an, wurde aber verzögert und durch den

drei Wochen dauernden Krieg in Gaza einstweilen zu Makulatur.

Es sind vor allem vier Fragenkomplexe, um die es beim Endstatus geht: Welches Territorium soll der palästinensische Staat genau umfassen, das heißt, wie verlaufen seine Grenzen? Was geschieht mit den etwa 240 Siedlungen im Westjordanland, in denen ungefähr 280 000 Israelis wohnen? Welchen Status soll Jerusalem erhalten, das sowohl Israelis als auch Palästinenser als ihre Hauptstadt beanspruchen? Und *last but not least*: Wie sollen Fragen der Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge geregelt werden? All diese Fragen bergen jede Menge Zündstoff, doch dieser letzte Komplex ist besonders hart umkämpft, da er an die moralisch-ethische Seite des Konflikts rührt: Flucht und Vertreibung. Nach dem Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges von 1948 gab es etwa 730 000 palästinensische Flüchtlinge, die seither von der UNRWA, der Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, betreut werden. Doch mittlerweile ist mit wenigstens sechs Millionen Palästinensern zu rechnen, von denen ein erheblicher Teil noch in Lagern im Libanon, in Jordanien oder Syrien lebt. Die Bevölkerung des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes allein beträgt an die vier Millionen. Israel macht geltend, ein Rückkehrrecht könne es schon deshalb nicht geben, weil das Land damit seinen Charakter als jüdischer Staat verlöre. Dies ist natürlich auch der palästinensischen Führung bewusst, sodass der Gedanke von Entschädigungen allemal im Vordergrund stehen müsste.

In den bilateralen Gesprächen zwischen Israel und den Vertretern der palästinensischen Autonomie unter dem „Präsidenten“ Mahmud Abbas über die Initiative von Annapolis war man, wie von beiden Seiten zu hören ist, durchaus zügiger vorangekommen, als viele zunächst geglaubt hatten. Umso tragischer

ist es, dass der Krieg in Gaza diese Bemühungen wieder ein großes Stück zurückgeworfen hat. Gegenwärtig haben konkrete Aufbauhilfen für die Palästinenser Vorrang. Und die mit der Hamas verfeindete Fatah von Präsident Abbas bemüht sich nach Zeiten der Konfrontation und Ablehnung darum, den Graben zwischen beiden palästinensischen Gruppierungen zu verringern. Dass die Hamas, zumindest theoretisch, auf ihrem radikalen Ziel einer Zerstörung Israels beharrt, während die Fatah mit Israel spricht oder verhandelt, ist ein weiteres strukturelles Problem, das überwunden werden muss. Der Gaza-Krieg konnte die Hamas schwächen, sie aber nicht auslöschen. Ob Israel oder moderate arabische Regime das wollen oder nicht – an Gesprächen zumindest mit solchen Hamas-Vertretern, die für pragmatische Lösungen zu haben sind, wird man in Zukunft nicht vorbeikommen. Die Äußerungen von Hamas-Funktionären über Israel und die Möglichkeiten einer Lösung jenseits der kämpferisch-utopischen Ziele dieser radikalislamischen Organisation sind nicht einheitlich oder gar völlig monolithisch; es gibt unterschiedliche Flügel und deshalb auch unterschiedliche Auffassungen über das eigene Programm und seine Interpretation. Auch die Charta der PLO hatte einmal die Zerstörung Israels vorgesehen, bevor sie sich zu Friedensgesprächen und Abmachungen bereitfand. Palästinenser wie Israelis müssen ihre Reihen neu ordnen und entscheiden, wie es in Zukunft weitergehen soll. Vieles wird davon abhängen, welche Regierung Israel nach den Wahlen vom 10. Februar bilden wird.

Umfassende Konfliktstruktur

Eine wichtige Rolle bei den gegenwärtigen Vermittlungsbemühungen hat wieder einmal Ägypten gespielt. Das Regime von Präsident Husni Mubarak stand unter einem gewissen Druck der Straße, den die Sicherheitskräfte zwar weitgehend

eindämmten, dessen Wirkung aber zu spüren war. Das offizielle Ägypten hat denn auch das militärische Vorgehen Israels in Gaza verurteilt, den Botschafter Israels einbestellt, doch fiel diese Verurteilung bemerkenswert zurückhaltend und abgewogen aus. Ägypten, das Herkunftsland der Muslimbruderschaft, fürchtet weniger die Hamas selbst als den islamistischen Geist, der die Hamas beflügelt. Auch hat Ägypten Erfahrungen mit dem Gaza-Streifen, den es bis zum Jahre 1967 verwaltete. Doch die Verhältnisse dort sind heute ungleich schwieriger und sozial angespannter als damals. Ägypten möchte keinen Ärger und ist in erster Linie daran interessiert, dass die gemeinsame Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen bei Rafah „dicht“ ist.

Die zwiespältige Haltung der Ägypter ist nicht untypisch für die arabischen Nachbarn Israels und der Palästinenser im Allgemeinen. Der verbalen Solidarität mit den „arabischen Brüdern“ widerstreiten die realen politischen Interessen der Regime. Längst ist der eigentliche Nahost-Konflikt eingebettet in eine umfassendere Konfliktstruktur, die im Laufe der vergangenen Jahre immer komplexer geworden ist. Das hat mit den Veränderungen zu tun, die unter dem Stichwort „Islamismus“ zusammengefasst werden. Was früher der arabische Nationalismus war, ist heute der wieder erstarkte politische Islam, für den der Aufstieg der Islamischen Republik Iran aufseiten der Schiiten und der politische Prestigegewinn Saudi-Arabiens auf der Seite der Sunniten charakteristisch sind. Iran, das zwar kein arabisches, aber ein islamisches Land ist, unterstützt nicht nur die schiitische Hisbollah („Partei Gottes“) im Libanon in ihrem Kampf gegen Israel, sondern auch die sunnitische Hamas. Dies konstituiert einen Gegensatz zur sunnitischen Führungsmacht Saudi-Arabien, deren König Abdullah einen eigenen Plan zur Rege-

lung des Nahost-Konflikts vorgelegt hat. Dieser Plan, eine Abwandlung der Fahd-Initiative von 1982, ist in der arabischen Welt bis auf einige Ausnahmen durchaus mehrheitsfähig. Die iranische Führung hingegen, als deren radikalstes Sprachrohr gegenwärtig Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad fungiert, lehnt die Existenz des jüdischen Staates ab. Brisanter noch werden diese Gegensätze durch die in den arabischen Nachbarstaaten Irans vorherrschende Überzeugung, dass die Islamische Republik – entgegen ihren Versicherungen – doch nach einer atomaren Rüstung strebe. Dies verursacht bei den arabischen Anrainern des Golfs Albträume; die Furcht vor einem atomar gerüsteten Iran als Führungsmacht in der Region ist bei ihnen weitaus größer als die Furcht vor Israel und dessen mit Sicherheit vorhandenen Sprengköpfen.

Doch damit nicht genug. Es kommt die politisch-religiöse Zerrissenheit hinzu. Nicht nur der Gegensatz zwischen Sunniten und erstarkenden Schiiten spielt, obwohl man ihn nach außen hin oft leugnet, eine wichtige Rolle in der Konfliktstruktur, sondern auch der Antagonismus zwischen moderaten, meistens auch Amerika zugewandten Regimen (Ägypten, Jordanien, auch Saudi-Arabien) sowie der Front der Anti-Amerikaner; in der arabischen Welt ist das vor allem Syrien, das auch ein enger Verbündeter Irans ist und die Exil-Hamas unter der Führung von Khaled Meschal in Damaskus beherbergt.

Aufgaben für die Zukunft

Die Komplexität der Konfliktstruktur legt die Frage nahe, ob der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern überhaupt gelöst werden kann ohne eine Einbettung in eine umfassendere Friedensordnung und Sicherheitsarchitektur für die gesamte Region des Nahen Ostens und erheblicher Teile des Mittleren Ostens, insbesondere der Golfregion. Schon einmal, im Jahre 1991, kam es in Madrid zu einer

Nahost-Konferenz, die neben den unmittelbar am Konflikt Beteiligten auch das Umfeld einbezog. Doch zunächst wird es darauf ankommen, mithilfe der Ägypter und der anderen zahlreichen Vermittler eine dauerhafte und stabile Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas zu erreichen und die Zerstörungen des Krieges zu beheben. Auch die Bemühungen, das gegenwärtig feindselige Verhältnis zwischen der PLO/Fatah von Präsident Mahmud Abbas und der Hamas in Ordnung zu bringen, müssen vorangetrieben werden. Beide palästinensischen Organisationen müssen ein konstruktives Verhältnis zueinander finden. Dazu gehört auch, die zu gemäßigeren Ansichten neigenden Pragmatiker innerhalb der Hamas-Führung für den neu zu belebenden Friedensprozess zu gewinnen. Die Vorstellung, den Konflikt mit Israel dadurch zu lösen, dass man den Gaza-Streifen gewissermaßen ausklammert, ist gänzlich unrealistisch. Aber auch die Vorstellung, Gaza werde wieder ganz unter die Kontrolle der Fatah gelangen, ist wirklichkeitsfremd. Die Hamas wird schon deshalb nicht von der Bildfläche verschwinden, weil sie von außen tatkräftig unterstützt wird. Sollte es gelingen, eine stabile Waffenruhe zu stiften, müssten die in Annapolis angestoßenen Gespräche über den Endstatus wieder aufgenommen und intensiviert werden. Der neue amerikanische Präsident müsste versuchen, Israel endlich auf dem Gebiet der Siedlungspolitik und der Besetzung im Westjordanland zu Schritten zu veranlassen, die endlich das Vertrauen auf palästinensischer Seite in den Friedensprozess festigen könnten, insbesondere auch bei den Pragmatikern in der Hamas, deren Obstruktionspotenzial ein-

gedämmt werden muss. Dazu bedarf es der Verbesserung des Verhältnisses insbesondere zu Syrien und zum Iran. Barack Obama ist prinzipiell zu solchen Schritten bereit.

Da der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern allerdings nur ein – ob schon besonders wichtiges und brisantes – Element in einer größeren Konfliktstruktur ist, sollten die Vereinten Nationen neue Mittel und Wege erkunden, die friedlose, politisch und religiös zerrissene nahöstliche Region zu umfassenden Friedensinitiativen zu veranlassen, gerade auch im Hinblick auf iranische Pläne einer atomaren Bewaffnung. Nach dem Vorbild der seinerzeitigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) könnte man an eine ähnliche Rahmen-Konstruktion denken, mit deren Hilfe die Staaten des Nahen Ostens ihre jeweiligen Gegensätze und Sicherheitsprobleme zu regeln versuchen. Konferiert werden könnte turnusmäßig in allen Hauptstädten zwischen Kairo, Riad und Teheran. Diese Idee mag auf den ersten Blick utopisch erscheinen, doch wurde in früheren Jahren im Nahen Osten durchaus ein Erfolg erzielt, wenn unkonventionelle Vorstellungen verwirklicht wurden. Man denke an die historische Reise Präsident Sadats 1977 nach Jerusalem oder an den Oslo-Prozess.

Einstweilen ist dies alles Zukunftsmusik, denn der jüngste Krieg hat den Horizont verdüstert. Auch gibt die Entwicklung des Konfliktes seit Mitte der Neunzigerjahre wenig Anlass zur Hoffnung. Dies enthebt die Politiker jedoch nicht ihrer Pflicht, immer wieder tätig zu werden, soll diese Region nicht endgültig in Spannungen und neuen bewaffneten Konflikten versinken.